

Wo Moskaus Medien Politik machen

BALKAN-STAATEN Neue Studie zeigt den Einfluss von „Sputnik“ auf Serbien und Bosnien

Von unserem Korrespondenten
Thomas Roser, Belgrad

Im Westen finden Moskaus Propaganda-Botschaften nur begrenztes Gehör. Auf dem Balkan stößt die russische „Sputnik“-Agentur hingegen auf offene Ohren. Eine Studie zeigt nun auf, wie Russlands Sprachrohr die Berichterstattung und Politik in Serbien und Bosnien beeinflusst – und mitprägt.

Zumindest auf dem Balkan finden die Botschaften von Moskaus Auslandssprachrohr Gehör. „Europa zittert schon, aber wegen Amerika, nicht wegen Putin“, berichtete das Webportal *rs-sputnik-neuws.com* letzte Woche: Wie einst „die Deutschen ihren Reichstag gegen die Sowjets“ hätten sich die meisten EU-Staaten im Sommer „gegen russisches Gas verteidigt“: „Nun droht ihnen Frost, weil sie sich nicht rechtzeitig Gas für den Winter gesichert haben.“

Bereits eine Stunde nach Erscheinen hatte das Portal der Belgrader Zeitung *novosti* den serbischsprachigen *Sputnik*-Bericht in voller Länge übernommen. Eine Ausnahme ist das Verbreiten der Kreml-Sicht auf das Weltgeschehen in serbischen Medien keineswegs. Während Moskaus Propaganda-Botschaften in Westeuropa nur begrenztes oder skeptisches Gehör finden, stößt die russische Sputnik-Agentur auf dem Balkan auf offene Ohren – und willige Abnehmer.

„Höchst willkommen“

Die Folgen bleiben nicht aus. Obwohl Serbien fast zwei Drittel seines Handels mit der EU abwickelt, sind viele Serben dank der russophilen Berichterstattung der heimischen Medien davon



Foto: AFP/Jure Makovec

Über Serbiens allgewaltigen Präsident Aleksandar Vucic veröffentlicht „Sputnik“ fast ausschließlich positive Berichte

überzeugt, dass Russland der wichtigste Wirtschaftspartner des Landes sei. Die nun von dem früheren Belgrader dpa-Korrespondenten Thomas Brey und von der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegebene Studie „Russische Medien auf dem Balkan“ (Russische Medien auf dem Balkan | Friedrich-Naumann-Stiftung) beschäftigt sich damit, wie Moskaus

Propaganda die Berichterstattung in Serbien beeinflusst – und damit auch die Wahrnehmung Russlands im Balkanstaat prägt.

Nicht nur wegen der schwachen Finanzkraft der serbischen Medien und der historischen Bande mit Russland seien die von *Sputnik* in der Landessprache gelieferten Texte „höchst willkommen“, so der Autor: „Das

politische System Moskaus und die Ausnahmestellung des Präsidenten Wladimir Putin entsprechen den Idealen fast aller serbischen Spitzenpolitiker.“

Seit 2015 produziert *Sputnik Srbija* mit einer eigenen Redaktion in Belgrad serbischsprachige Texte und Videos, die auch von Medien der Nachbarstaaten regelmäßig übernommen wer-

den. In einer Inhaltsanalyse wertete der Autor insgesamt 3.245 Artikel aus, die in sechs zufällig ausgewählten Wochen des ersten Jahresquartals veröffentlicht wurden.

Neben Lobeshymnen auf Putin und auf die Überlegenheit russischer Impfstoffe und Waffensysteme veröffentlicht *Sputnik* überwiegend negative Artikel über die USA und fast ausschließlich positive Berichte über Serbiens allgewaltigen Präsident Aleksandar Vucic. *Sputnik* heizt den Kosovo-Konflikt nicht nur „mit völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen“ an, sondern rate Belgrad immer wieder, Pristina verstärkt unter Druck zu setzen, so die Studie.

Viel Wirkung

Das Mantra einer serbisch-russischen Schicksalsgemeinschaft im Kampf gegen eine böswillige Opposition, die Nachbarn, die USA und EU wird laut Brey durch die von *Sputnik* gezeichnete „Opferrolle“ beider Staaten und deren „ewige Zurücksetzung“ durch den Rest der Welt verstärkt. Gleichzeitig würden von *Sputnik* „nationalistische Echokammern“ geschaffen, die das Bild eines serbisch-russischen „Bollwerks“ traditioneller Werte gegen den westlichen Zeitgeist und Homosexualität transportieren sollten.

Getroffene Hunde bellen laut. Mit einem langen Artikel über die „Paranoia“ von Autor Brey hat *Sputnik Srbija* auf dessen als „grotesk und konfus“ bezeichnete Studie reagiert. Brey wiederum warnt davor, die Wirkung der *Sputnik*-Berichte zu unterschätzen: Gerade die russische Medienmacht auf dem Balkan sorge dafür, dass die EU und die USA dort „oft auf verlorenem Posten agieren“.

Briten trauern und debattieren

GROSSBRITANNIEN Nach Terrormord an konservativem Abgeordneten

Von unserem Korrespondenten
Sebastian Borger, London

Schockiert vom Terrormord an David Amess diskutieren die Briten über Schutzmaßnahmen und härteres Vorgehen gegen soziale Medien.

Nach dem islamistischen Terror-Mord an einem Unterhaus-Abgeordneten debattieren Großbritannien über die Sicherheit von Parlamentariern. In Absprache mit Speaker Lindsay Hoyle prüft Innenministerin Priti Patel mögliche Schritte zur Risikovermeidung insbesondere bei Bürgersprechstunden, die bisher ohne Einschränkung besucht werden können. Dabei solle es auch weiterhin bleiben, argumentierte das Duo in Medien-Interviews: „Abgeordnete müssen weiterhin zugänglich bleiben.“

Sir David Amess hatte am Freitagmittag das methodistische Gemeindezentrum von Leigh-on-Sea in seinem Wahlkreis Southend (Grafschaft Essex) betreten, als sich ein junger Mann aus einer Gruppe von Warten löste und mehr als ein Dutzend Mal auf den Abgeordneten

einstach. Der 69-Jährige starb am Tatort, der mutmaßliche Täter, 25, ließ sich widerstandslos festnehmen.

Ersten Ermittlungen der Terror-Fahnder zufolge handelt es sich um einen Briten somalischer Abstammung. Offenbar wurde Ali Harbi Ali durch die Internet-Propaganda von Gruppen wie Al-Shabaab, dem ostafrikanischen Al-Kaida-Ableger, radikaliert. Beim Inlandsgeheimdienst MI5 stand er aber nicht auf der Gefährder-Liste. Am Wochenende durchsuchte die Antiterror-Polizei Wohnungen von Alis Familienmitgliedern in Southend und London.

Zugang zu Amess‘ Bürgersprechstunde gab es nur für örtlich lebende Bürger; der Konservative hatte dem Unterhaus insgesamt 38 Jahre angehört, seit 1997 für den Wahlkreis Southend. Parteiübergreifend diskutieren nun Abgeordnete, wie sie sich besser vor Anschlägen schützen können. „Wir müssen unsere Sicherheit ernster nehmen“, glaubt der Labour-Veteran Chris Bryant und erinnerte daran, dass erst vor fünf Jahren seine Fraktionskollegin Jo Cox ebenfalls auf dem Weg zu einer



zugeben, das wäre nicht in David Amess‘ Sinn.“

Vielerorts im Land demonstrierte die örtliche Polizei am Wochenende Präsenz bei Politiker-Sprechstunden. Auch bekundete die Bevölkerung Solidarität mit ihren gewählten Repräsentanten. „Vielen Dank an alle, die heute gekommen sind, auch wenn sie nur Hallo sagen wollten. Das bedeutet mir wirklich viel“, schrieb Robert Largan auf Twitter.

Schon in den vergangenen Jahren wurden Wahlkreisbüros und Privathäuser von Abgeordneten zusätzlich gesichert, das Personal zu erhöhter Vorsicht aufgerufen. Der routinemäßige Schutz bei zuvor angekündigten Terminen durch Polizeibeamte oder einen privaten Sicherheitsdienst auf Staatskosten gehört zu den Maßnahmen, die jetzt diskutiert werden. Innenministerin Patel wies auch auf die Flut von Online-Beschimpfungen bis hin zu Morddrohungen hin, denen Abgeordnete dauernd ausgesetzt sind. Sie erwägt deshalb klarere Vorschriften für Internet-Firmen wie Facebook und Twitter. Besonders gegen anonyme Accounts müsse gezielter vorgegangen werden.

Bürgersprechstunde ermordet worden war.

Die Labour-Abgeordnete Diane Abbott brachte eine Plastiktrennwand ins Spiel. Der konservative Ex-Offizier Tobias Ellwood plädierte sogar für eine Aussetzung der direkten Kontakt-

te mit den Wahlkreisbürgern. Das sei nicht die richtige Reaktion, erwiderte dessen Fraktionskollege David Davis: „Natürlich können wir besser dafür sorgen, dass nur Leute mit echten Anliegen zu uns kommen. Aber die Sprechstunden ganz zu unterbrechen oder auf-